

**»» ARBEITSGRUPPE  
ALTERNATIVE  
WIRTSCHAFTSPOLITIK ««**

Gunter Quaißer

# **MEMORANDUM 2013**

## **Umverteilen. Alternativen der Wirtschaftspolitik.**

Gunter Quaißer

# Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspolitik

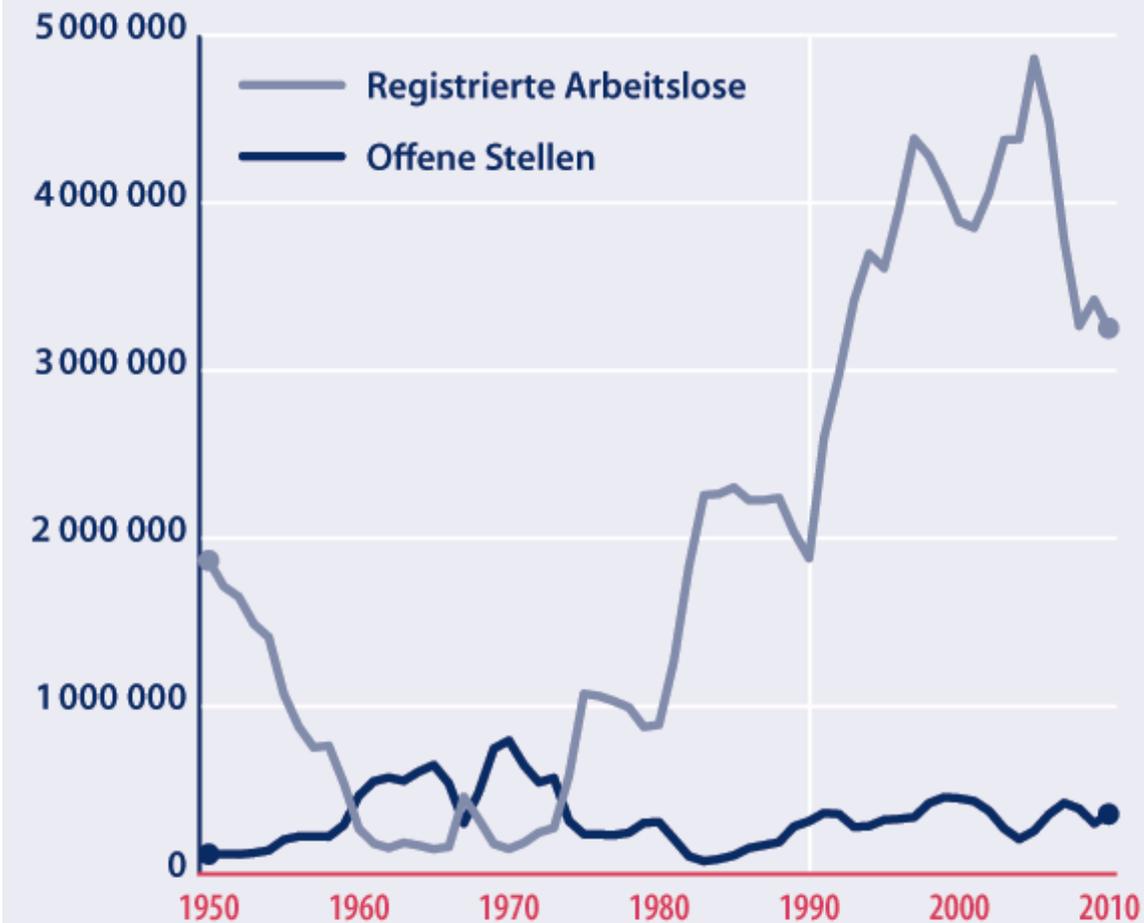
Angebotsorientiert vs. nachfrageorientiert  
monetaristisch vs. keynesianisch

35 Jahre angebotsorientierte Wirtschaftspolitik  
basiert auf Hegemonie der angebotsorientierten – neoliberalen  
– Wirtschaftswissenschaft

Praktische Wirtschaftspolitik ist abhängig von  
Ursachenanalyse

## Registrierte Arbeitslose und offene Stellen

In Deutschland 1950 bis 2010 (bis 1990 früheres Bundesgebiet)

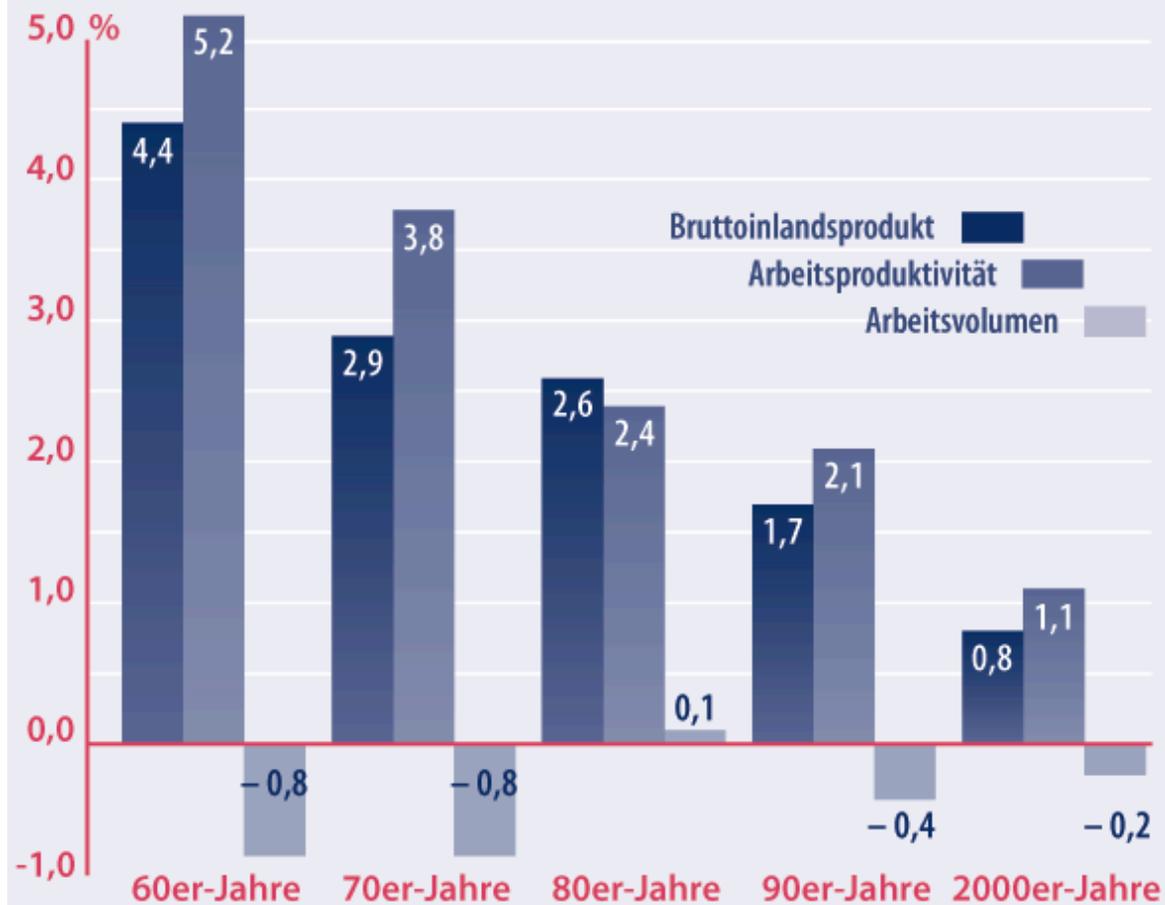


Quelle: Bundesagentur für Arbeit

© ARBEITSGRUPPE  
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK  
MEMORANDUM 2011

## Wachstum, Arbeitsproduktivität und -volumen

Durchschnittliche, jährliche Veränderung



Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Lange Reihen, 2010

© ARBEITSGRUPPE  
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK  
MEMORANDUM 2011

# Produktivitätsfortschritt, Arbeitsvolumen und Bruttoinlandsprodukt I

## 1960 – 2007 (Westdeutschland)

- 1960 wurde in Westdeutschland in 56 Milliarden Arbeitsstunden ein BIP von 511 Milliarden Euro geschaffen.
- 2007 wurde in Deutschland (alte Bundesländer) in knapp 47 Milliarden Arbeitsstunden ein BIP von rund 1.693 Milliarden Euro geschaffen.

## Wohlstandsmotor Produktivitätsfortschritt:

Der Produktivitätsfortschritt der letzten 47 Jahre ermöglichte es, mit nur noch 84 Prozent an Arbeitsstunden einen mehr als dreifachen Produktionswert zu schaffen.

# Produktivitätsfortschritt, Arbeitsvolumen und Bruttoinlandsprodukt II

## 1991 – 2007 (Deutschland)

- 1991 wurde in Deutschland in 59,8 Milliarden Arbeitsstunden ein BIP von 1.711 Milliarden Euro geschaffen.
- 2007 wurde in Deutschland in 56,9 Milliarden Arbeitsstunden ein BIP von 2.237 Milliarden Euro geschaffen.

## Wohlstandsmotor Produktivitätsfortschritt:

Der Produktivitätsfortschritt in diesen 16 Jahren ermöglichte es, mit nur noch 95 Prozent an Arbeitsstunden einen rund 31 Prozent höheren Produktionswert zu schaffen.

# Wachstumsorientierung: Ausweg aus dem Produktivitätsdilemma?

Wachstum: DIE gängige Antwort auf alle Wirtschaftsprobleme

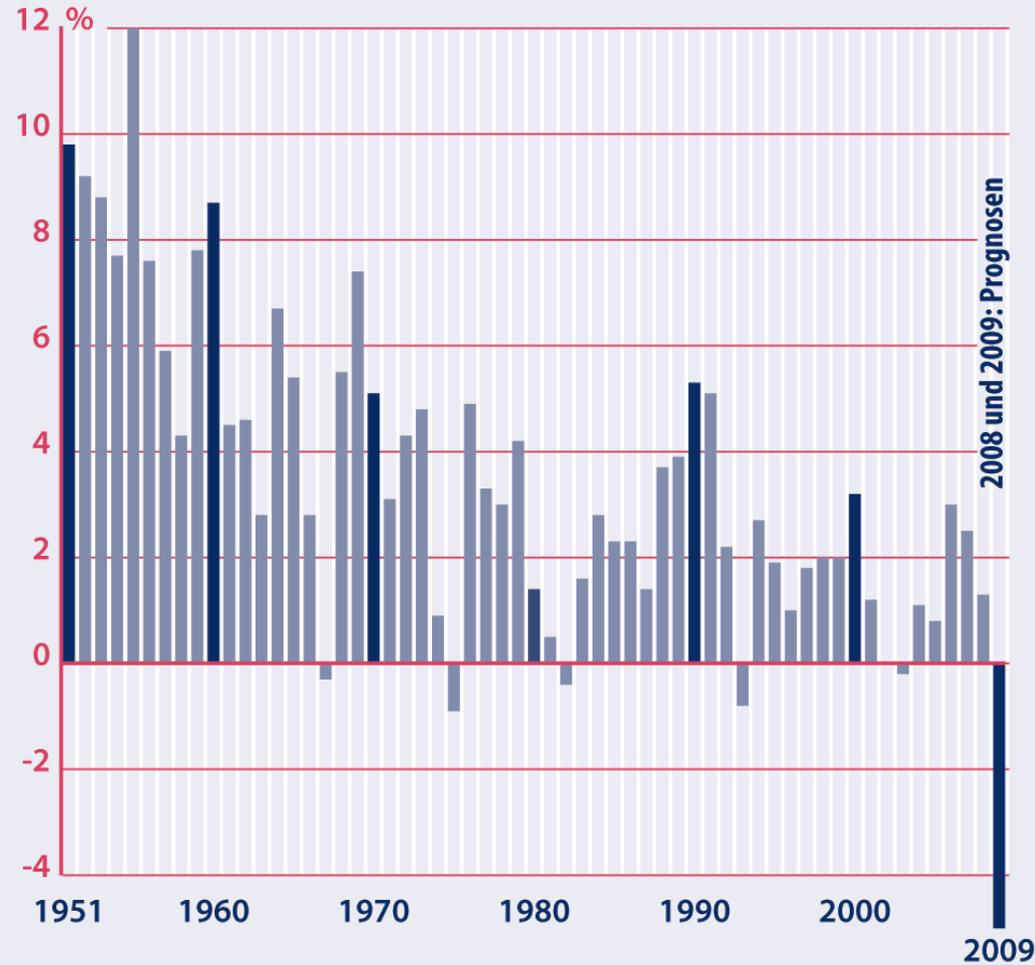
Arbeitszeitverkürzung: Tabu

Aber:

Gründe für nachlassendes Wachstum: Sättigung, Verteilung

# Historischer Wachstumseinbruch

Wachstumsraten der Wirtschaftsleistung  
in der Bundesrepublik Deutschland



Quelle: Statistisches Bundesamt,  
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

© ARBEITSGRUPPE  
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK  
MEMORANDUM 2009

## Wachstumsbeiträge

... der Nachfragekomponenten zum realen Bruttoinlandsprodukt in Prozentpunkten

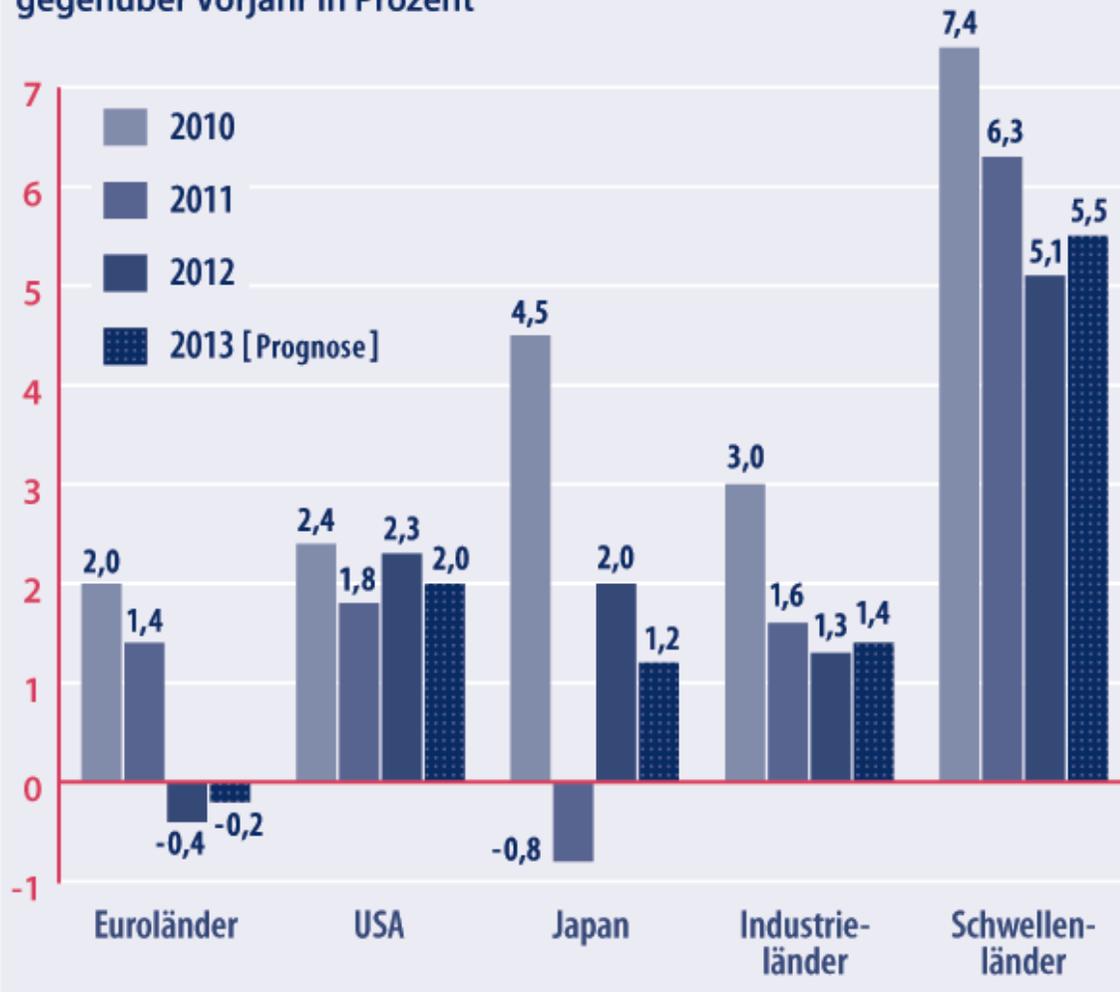


Quelle: Statistisches Bundesamt,  
Prognose 2013: Herbstgutachten 2012

© ARBEITSGRUPPE  
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK  
MEMORANDUM 2013

## Weltweite Wachstumsraten

Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (real)  
gegenüber Vorjahr in Prozent



Quelle: IWF, Januar 2013 (2013: Prognose)

© ARBEITSGRUPPE  
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK  
MEMORANDUM 2013

## Abnehmendes Wachstum 2011 und 2012

Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem gleichen Vorjahresquartal in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt

© ARBEITSGRUPPE  
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK  
MEMORANDUM 2013

## Wachstumsraten 2000 bis 2013

Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber Vorjahr in Prozent

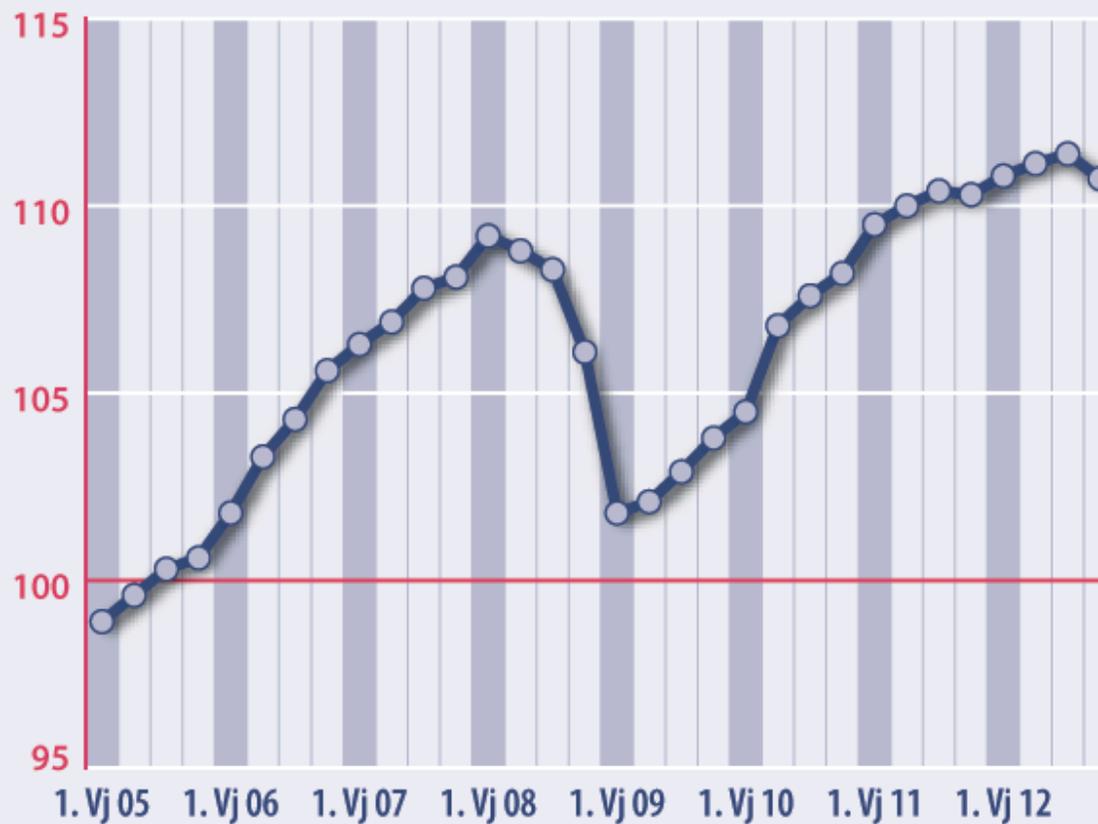


Quelle: Statistisches Bundesamt;  
Prognose 2013: Herbstgutachten 2012

© ARBEITSGRUPPE  
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK  
MEMORANDUM 2013

## Wachstumspfad vor und nach der Krise

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts; Index: 2005 = 100, Vierteljahre 2005 bis 2012; saison- und kalenderbereinigt

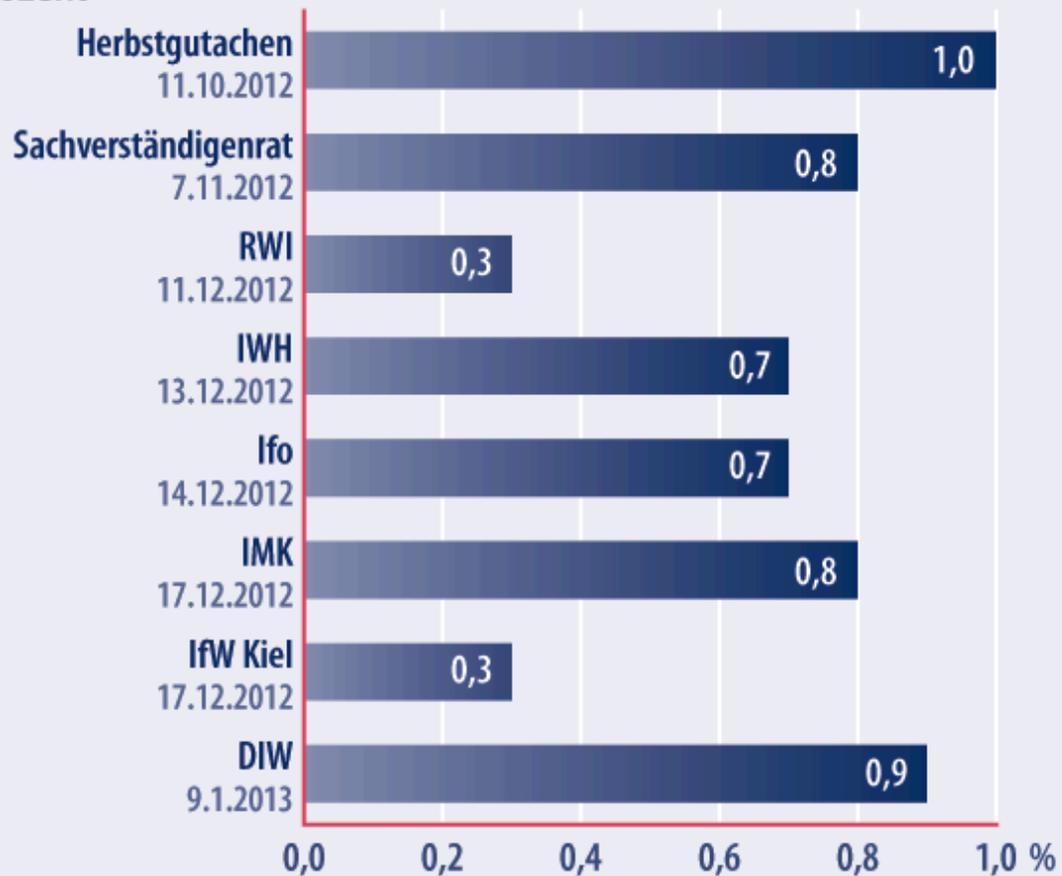


Quelle: Statistisches Bundesamt

© ARBEITSGRUPPE  
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK  
MEMORANDUM 2013

## Institutsprognosen für 2013

Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber Vorjahr,  
in Prozent

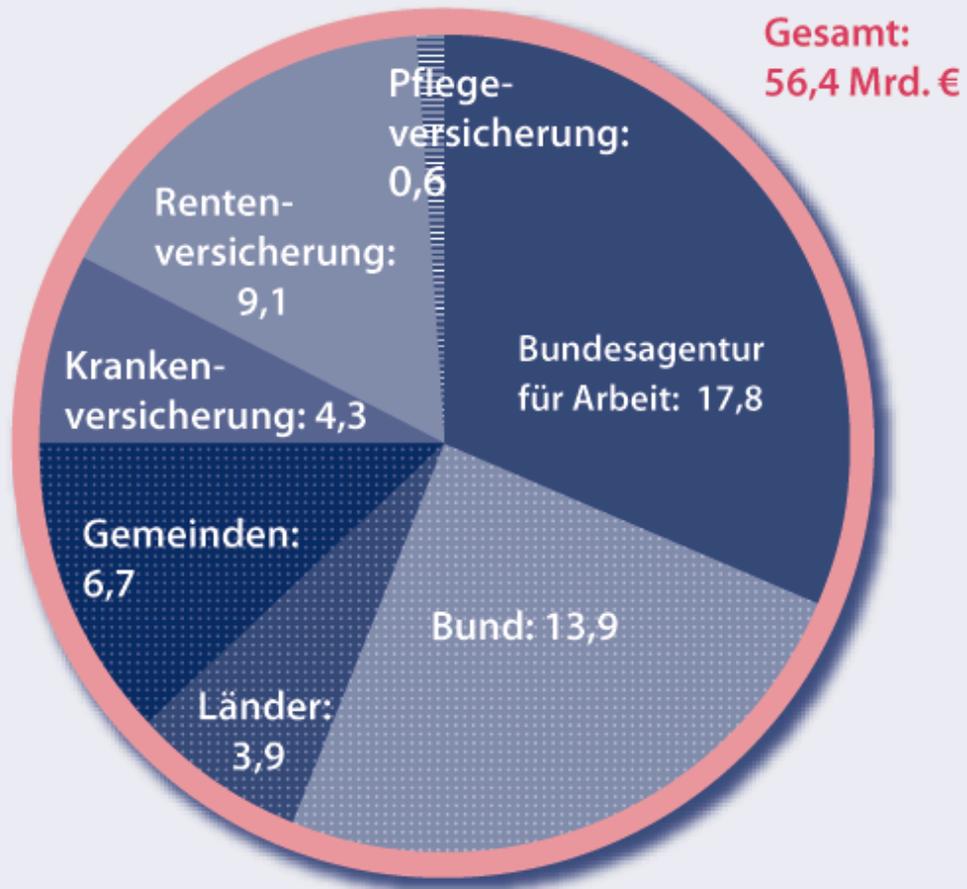


Quelle: Prognosen der Institute

© ARBEITSGRUPPE  
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK  
MEMORANDUM 2013

## Fiskalische Kosten der Arbeitslosigkeit 2011

Mrd. Euro



Quelle: IAB-Kurzbericht 8/2012, S. 3f.

© ARBEITSGRUPPE  
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK  
MEMORANDUM 2013

## Individuelles Nettovermögen<sup>1</sup> nach Dezilen in Deutschland 2002 und 2007

Anteil am Gesamtvermögen in Prozent



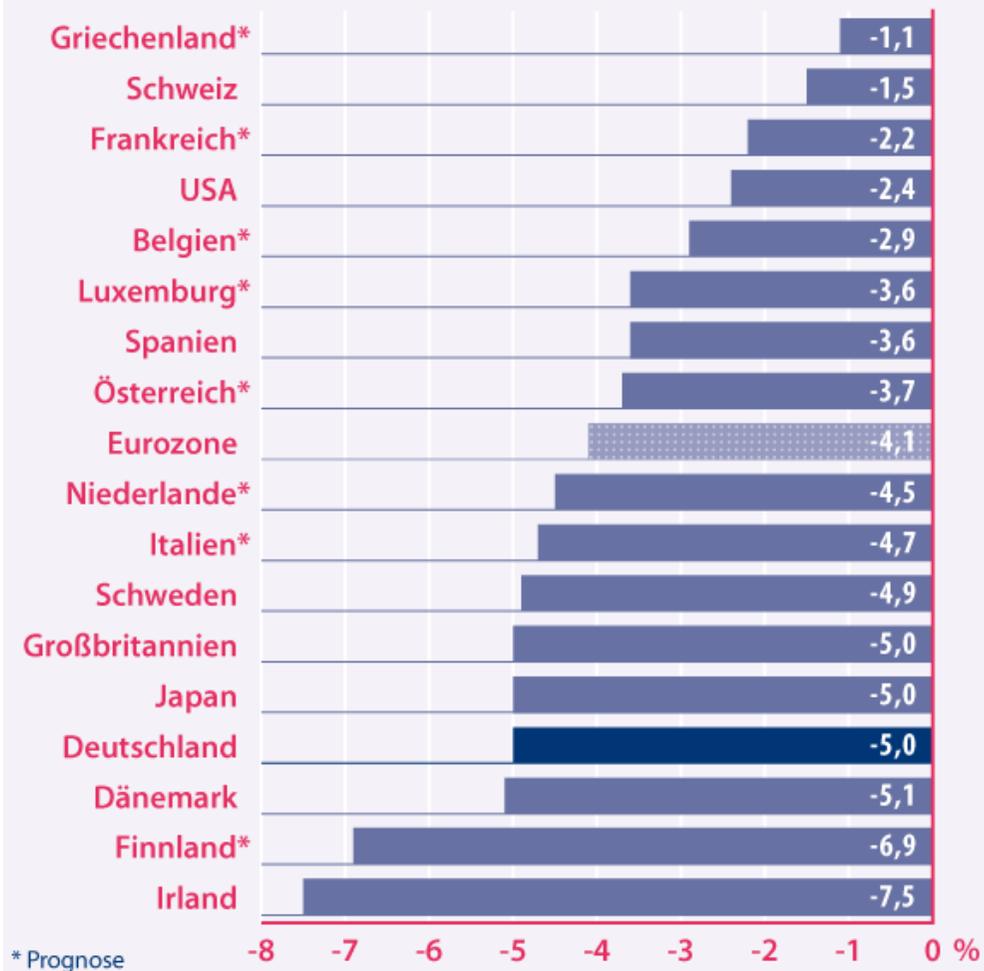
1) Das Nettogesamtvermögen der privaten Haushalte gemäß SOEP umfasst das Sachvermögen (Grundeigentum, Schmuck etc.), das Gebrauchsvermögen (Hausrat, Kraftfahrzeuge etc.), sowie das Geldvermögen (Spar- und Bausparguthaben, Wertpapiere, Termingeld und angesammeltes Kapital bei Lebensversicherungen) verringert um die Verbindlichkeiten aller Art (Hypothesen, Konsumentenkredite etc.). Im Jahr 2007 betrug es 6,6 Billionen Euro.

Quelle: Frick/Grabka 2009, S. 59.

© ARBEITSGRUPPE  
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK  
MEMORANDUM 2013

## Reale Wirtschaftsentwicklung 2009

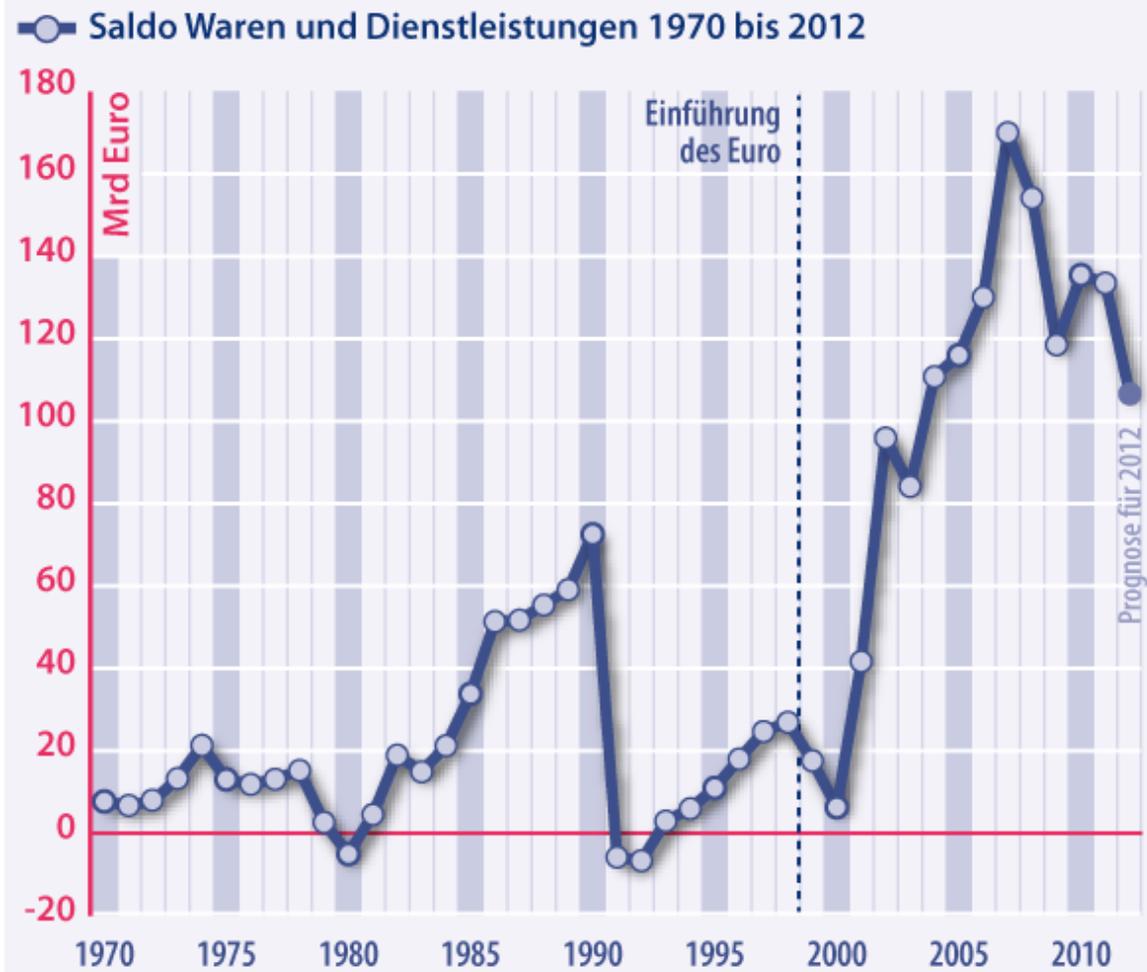
Veränderung des Bruttoinlandsprodukts gegenüber Vorjahr in Prozent



Quelle: Eurostat

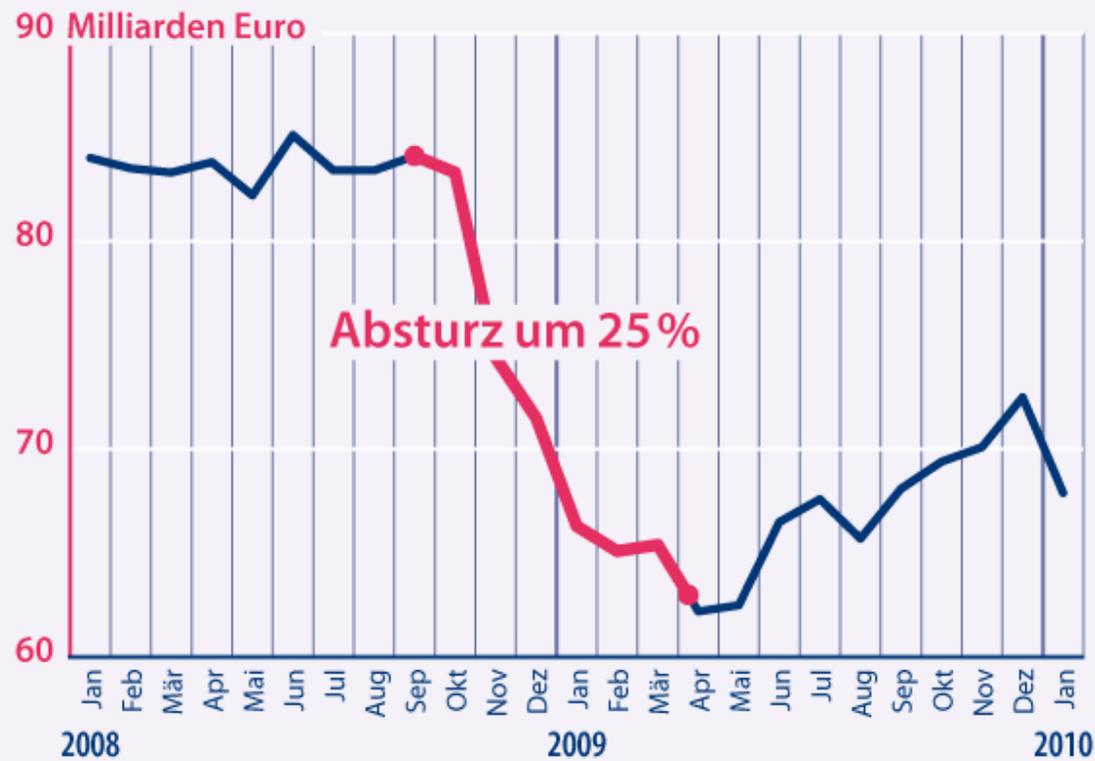
© ARBEITSGRUPPE  
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK  
MEMORANDUM 2010

## Deutscher Exportüberschuss



## Exporte tief unten

Warenausfuhren je Monat



Quelle: Statistisches Bundesamt,  
saison- und kalenderbereinigte Werte

© ARBEITSGRUPPE  
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK  
MEMORANDUM 2010

Deutsche Wirtschaft setzt seit 2000 massiv auf eine Steigerung der Exporte

- Lohnzurückhaltung in allen Bereichen
- Schwächung der Binnennachfrage – und auch der Importe
- Resultat: Exportüberschüsse steigen an

Aber: Überschüsse der einen sind die Defizite der anderen

## ENTWICKLUNG DER LOHNQUOTE

Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen in Deutschland seit 1982

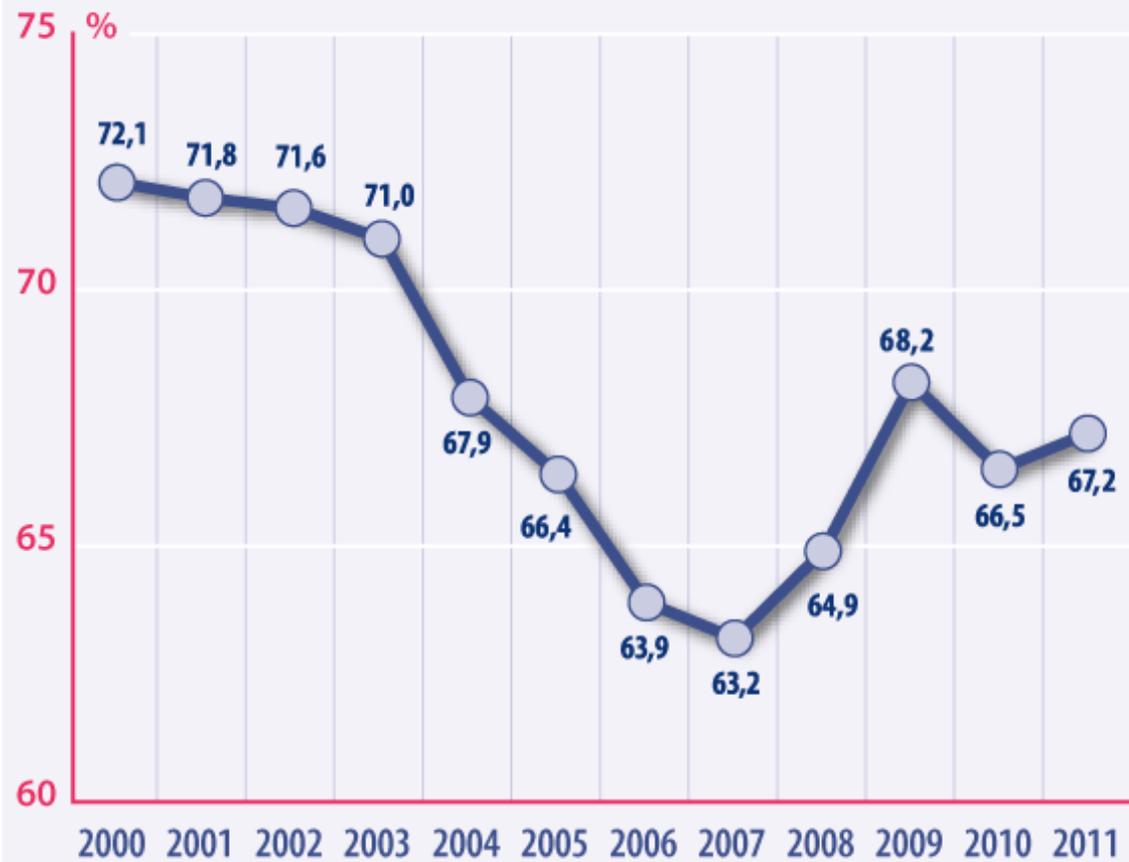


Quelle: Statistisches Bundesamt:  
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

© ARBEITSGRUPPE  
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK  
MEMORANDUM 2008

## Entwicklung der Lohnquote

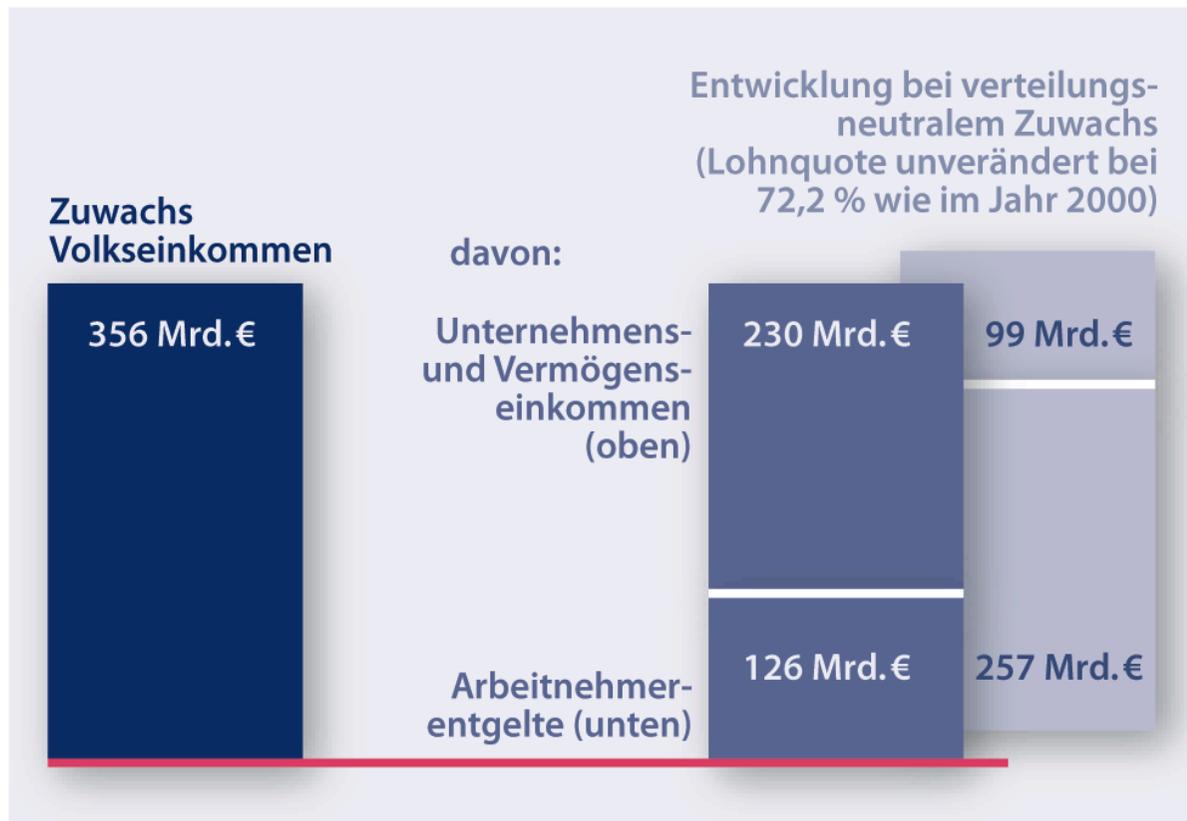
Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen  
in Deutschland seit 2000



Quelle: Statistisches Bundesamt

© ARBEITSGRUPPE  
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK  
MEMORANDUM 2012

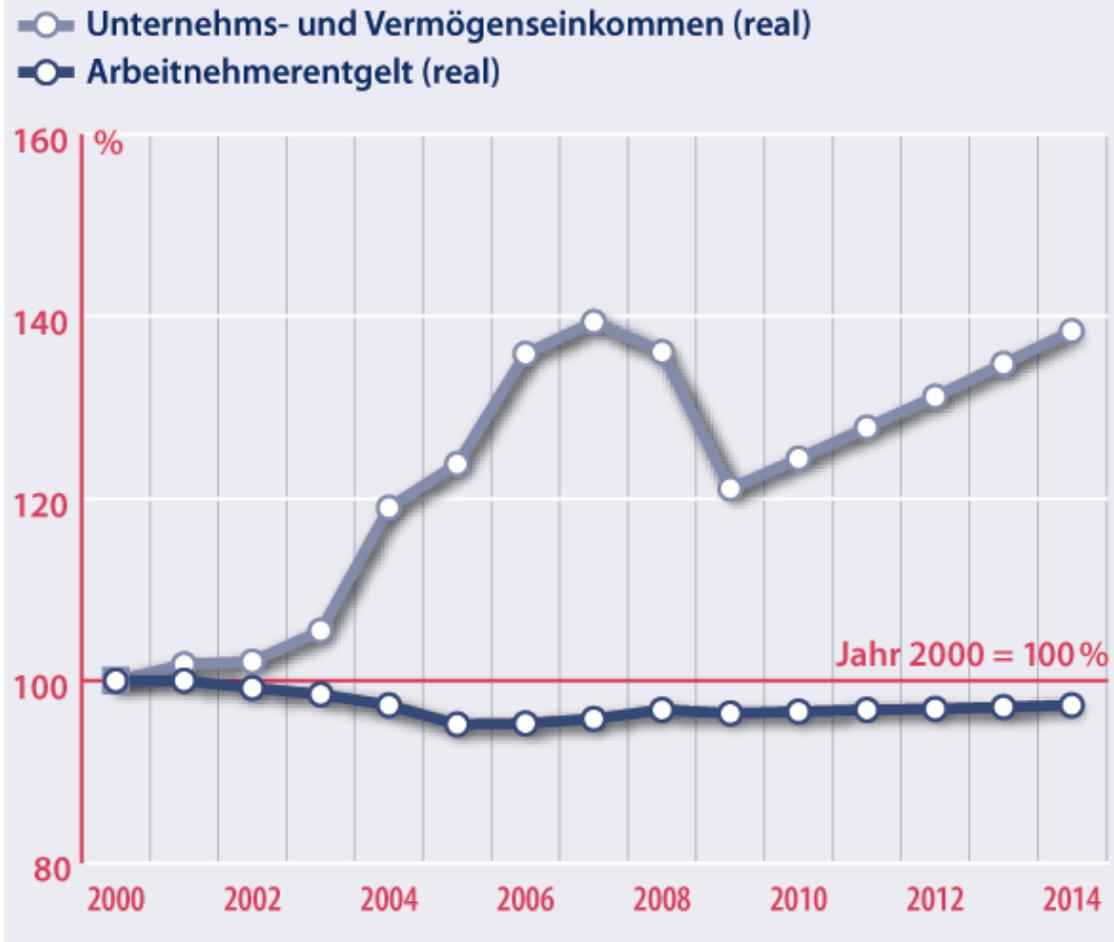
## Verteilung des Volkseinkommens 2000 bis 2008



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

© ARBEITSGRUPPE  
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK  
MEMORANDUM 2009

## Regierungsprognose: Weitere Umverteilung von unten nach oben

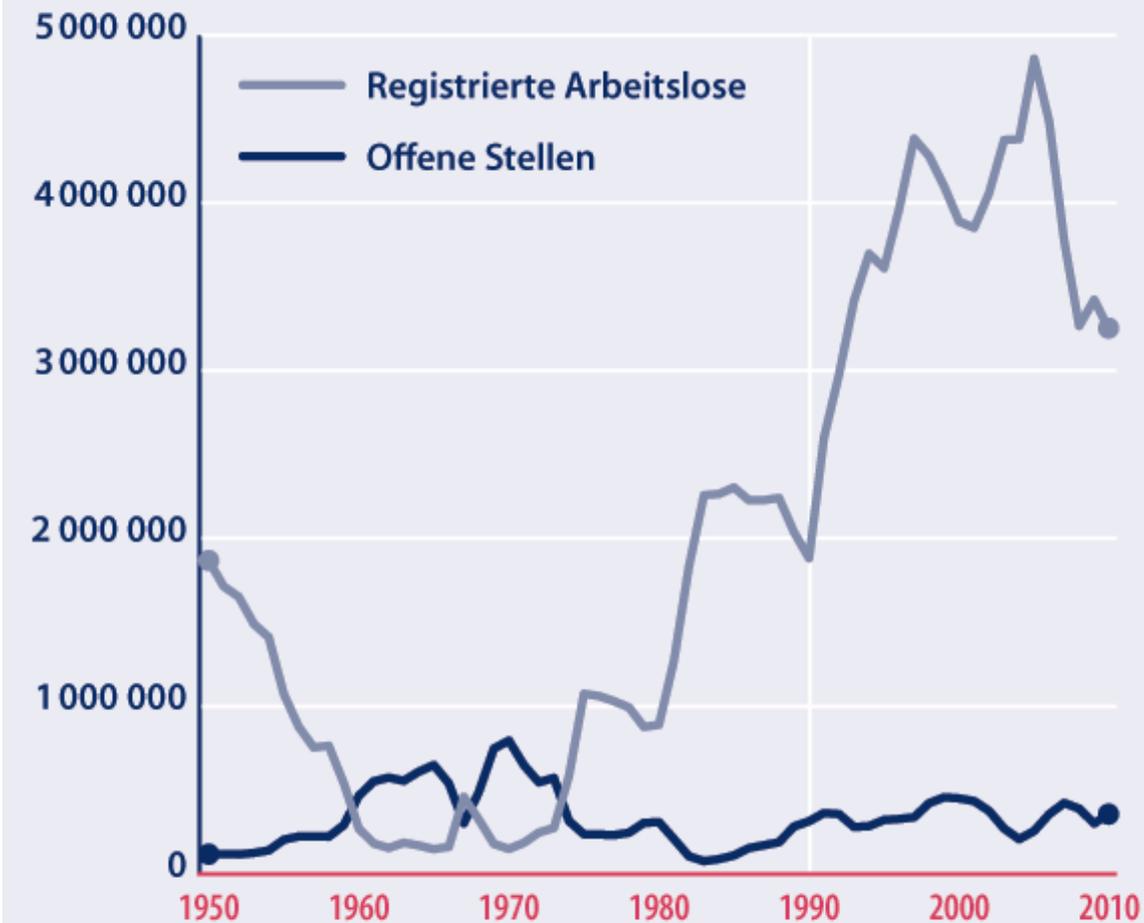


Quelle: VGR; ab 2010: Finanzplan des Bundes 2010 bis 2014;  
eigene Berechnungen (angenommene Preissteigerung  
2010 bis 2014: 1,8 Prozent pro Jahr)

© ARBEITSGRUPPE  
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK  
MEMORANDUM 2011

## Registrierte Arbeitslose und offene Stellen

In Deutschland 1950 bis 2010 (bis 1990 früheres Bundesgebiet)

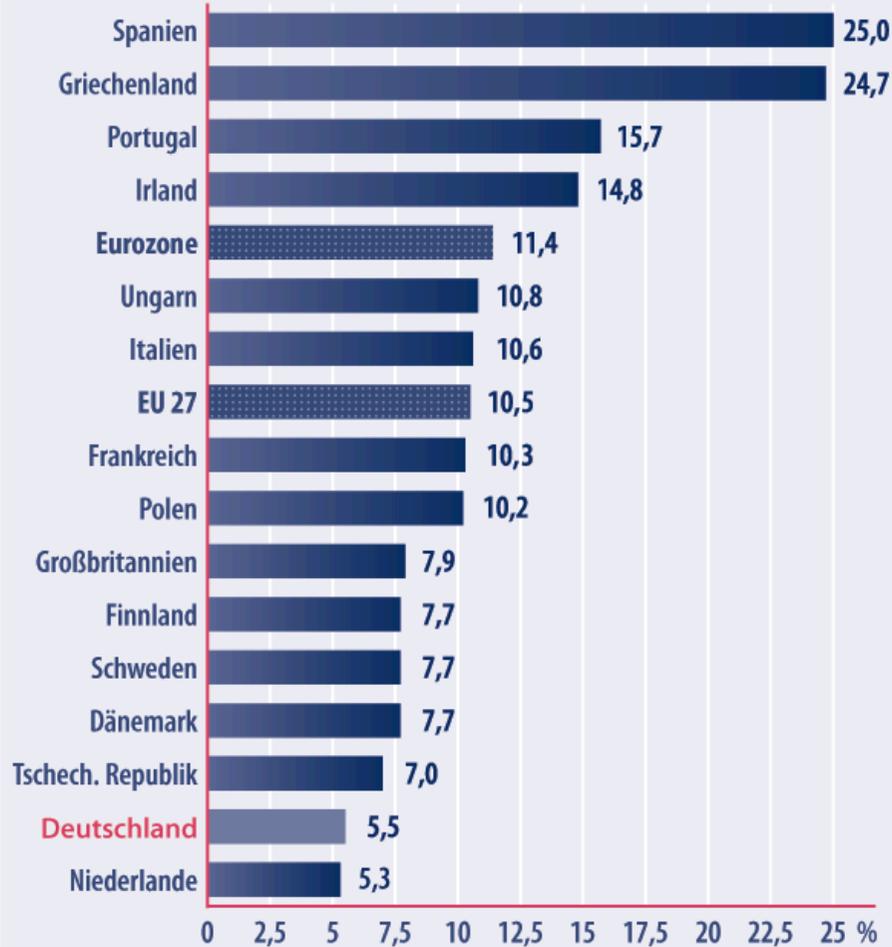


Quelle: Bundesagentur für Arbeit

© ARBEITSGRUPPE  
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK  
MEMORANDUM 2011

## Arbeitslosenquoten 2012

in Prozent, standardisierte (international vergleichbare) Werte  
nach ILO-Konzept



Quelle: AMECO/EU-Kommission.

© ARBEITSGRUPPE  
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK  
MEMORANDUM 2013

## Arbeitslosigkeit

■ Beschäftigungslücke insgesamt  
■ Registrierte Arbeitslose in Millionen

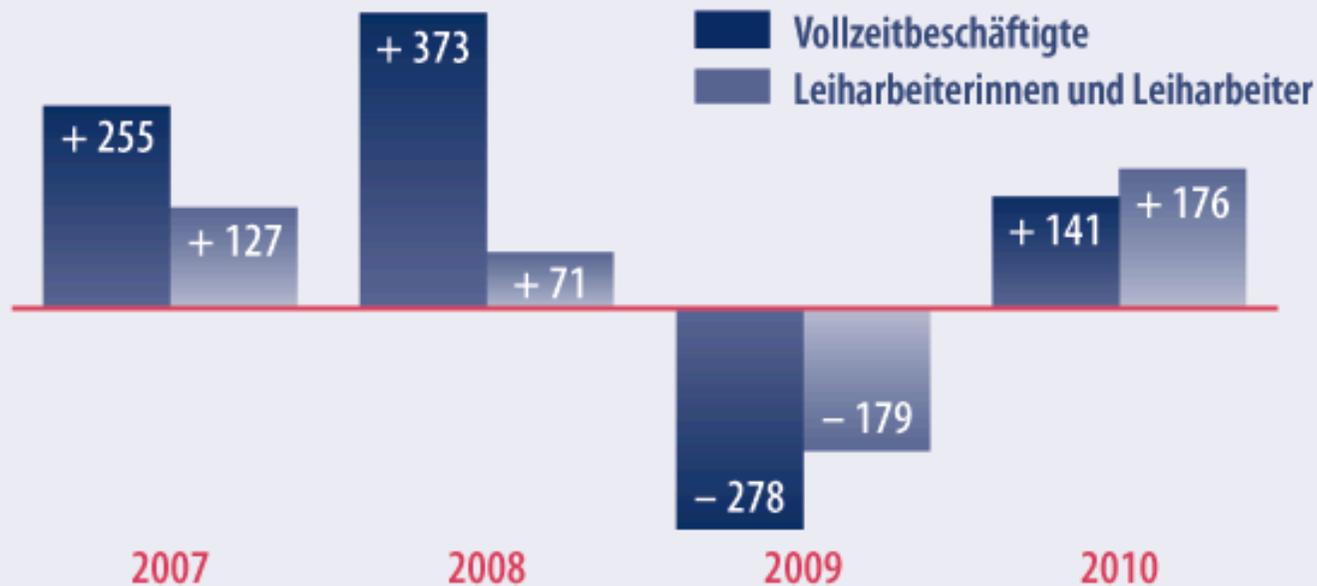


Quelle: Bundesagentur für Arbeit, IAB und eigene Berechnungen

© ARBEITSGRUPPE  
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK  
MEMORANDUM 2010

## Vollzeitbeschäftigung und Leiharbeit

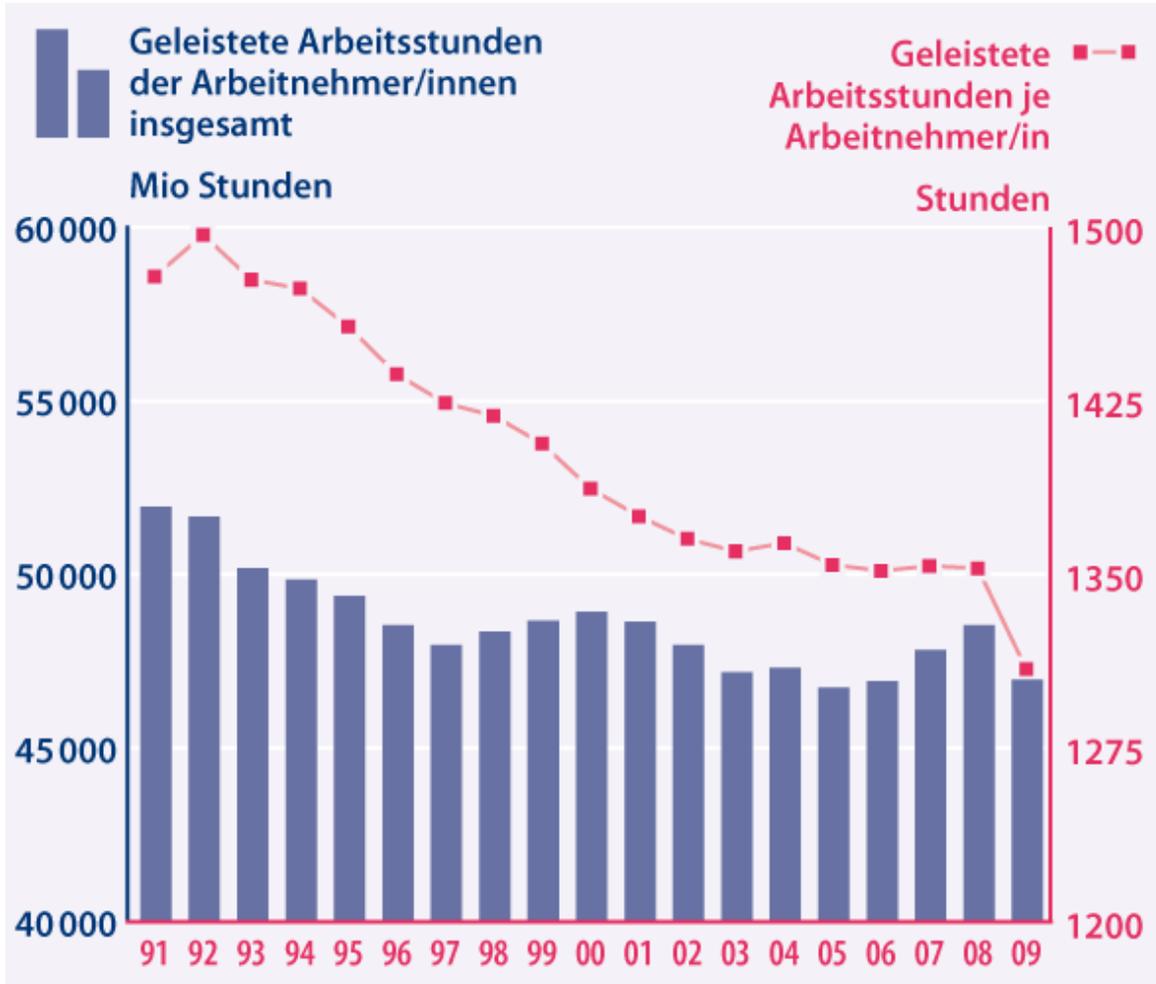
Zu- bzw. Abnahme von Vollzeitbeschäftigten sowie Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern 2007 bis 2010 (ausgehend von 1000 Personen)



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, eigene Berechnungen

© ARBEITSGRUPPE  
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK  
MEMORANDUM 2011

# Geleistete Arbeitsstunden abhängig Beschäftigter



Quelle: Statistisches Bundesamt

© ARBEITSGRUPPE  
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK  
MEMORANDUM 2010

## Verteilung der tatsächlichen Wochenarbeitszeiten

Verteilung der tatsächlichen Wochenarbeitszeiten (abhängig  
Beschäftigte im Alter von 15–64 Jahren, Deutschland)

Stundenintervalle durchschnittliche gewöhnliche Arbeitszeit,  
Anteile in Prozent

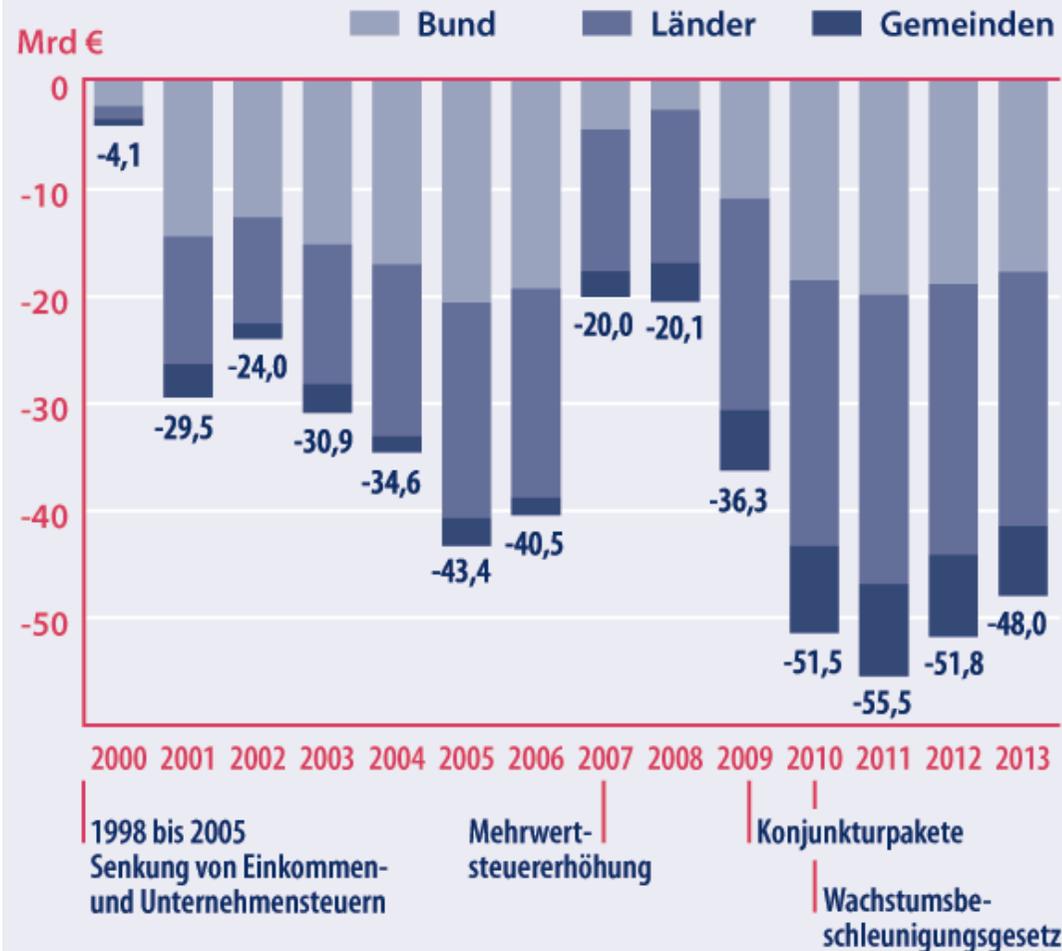


Quelle: Europäische Arbeitskräftestichprobe (ELFS);  
Berechnungen des Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ)

© ARBEITSGRUPPE  
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK  
MEMORANDUM 2010

## Einnahmeausfälle durch Steuerrechtsänderungen

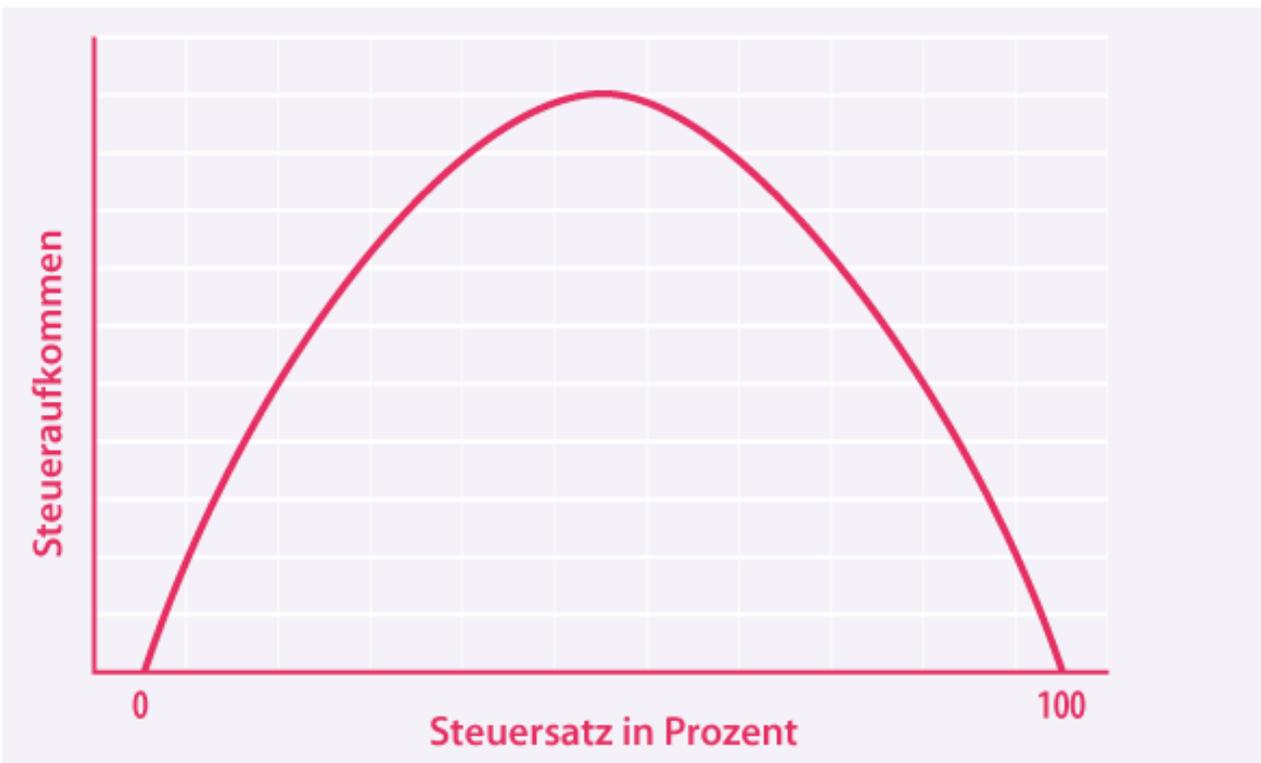
Einnahmeausfälle seit 2000 für Bund, Länder und Gemeinden durch die Steuerrechtsänderungen seit 1998



Quelle: Berechnungen Eicker-Wolf/Truger

© ARBEITSGRUPPE  
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK  
SONDERMEMORANDUM 2010

## Laffer-Kurve



© ARBEITSGRUPPE  
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK  
MEMORANDUM 2010

## Staatsschuldenquote

in Prozent des BIP

100 Prozent

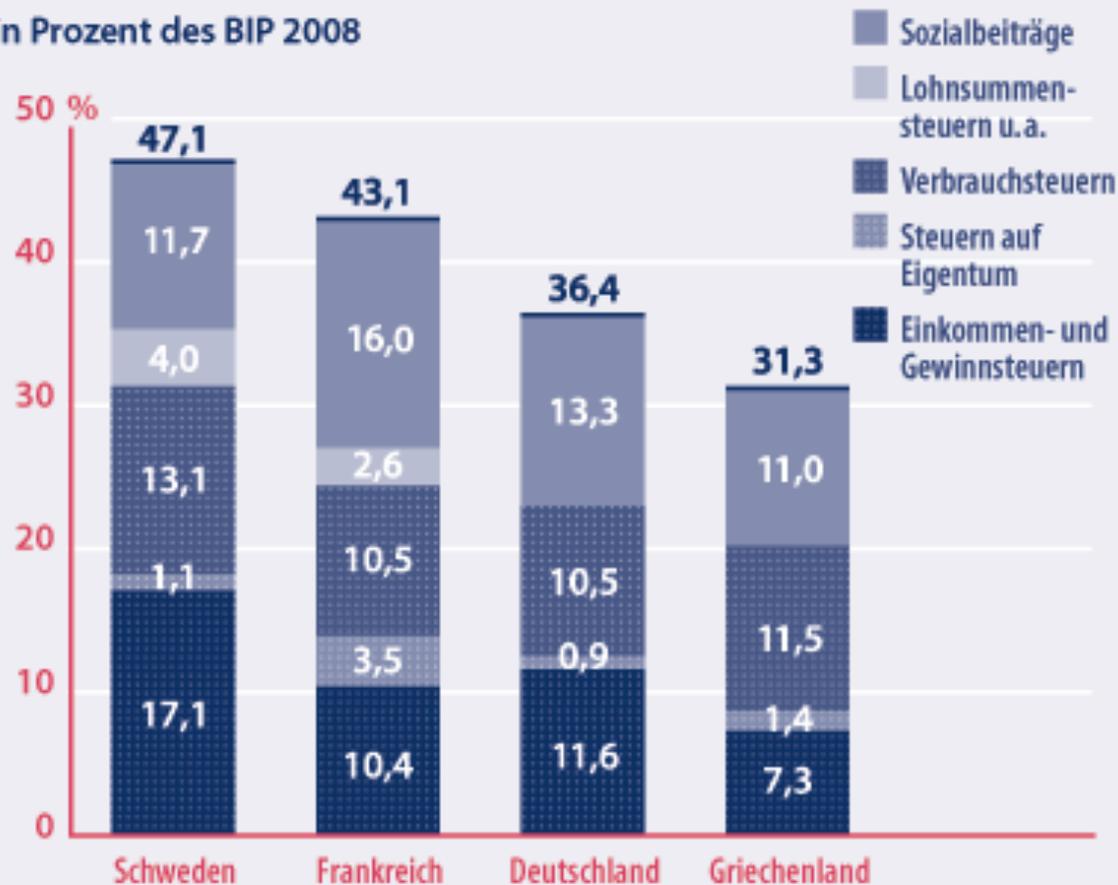


Quelle: EU Kommission, Stand Mai 2010

ARBEITSGRUPPE  
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK  
SONDERMEMORANDUM 2010

## Steuern und Abgaben

in Prozent des BIP 2008



Quelle: OECD, Revenue Statistics, 2009

ARBEITSGRUPPE  
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK  
SONDERMEMORANDUM 2010

# Die Spaltung des Euroraums

## Die Entwicklung

- Wirtschaftliche Entwicklung: massives Wachstumsgefälle
- Außenwirtschaftliche Ungleichgewichte
- Wettbewerb im Währungsraum: Massive Unterschiede bei den Lohnstückkosten
- Krisenstaaten in der Schuldenfalle: Zahlungsunfähigkeit
- Spekulativ hochgetrieben Zinssätze in den Krisenstaaten

# Lohnstückkosten

**Deutschland profitiert von Senkung der Lohnstückkosten**

**Normale Reaktion wäre die Abwertung von Währungen gewesen**

**Im Euroraum ist dies unmöglich.**

**Alternative wäre gewesen:**

- Gleichmäßiger Anstieg der Lohnstückkosten**
- Stärkere EU-Förderung strukturschwacher Regionen**

# Defizite des EU-Rettungsprogramms

Statt Schrumpfprogramme eine **mittelfristige Sanierungsstrategie**  
Griechenlands:

- \* Bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt müsste Deutschland im Vergleich mit Griechenland 410 Mrd. € einsparen bzw. Steuern erhöhen.
- \* Eigenleistungen: Abbau von Bürokratie / Ausbau von Rechtssicherheit / funktionsfähiges Steuersystems.

**Marshall-Plan** für Griechenland:

- \* Erster Schritt: Expertengruppe für Einsatz von Strukturfondsmitteln zur Stärkung der Wirtschaft und unterentwickelter Regionen.
- \* Infrastrukturinvestitionen in Solarenergie / Abfallwirtschaft/ Tourismus; Aufbau kleiner und mittlerer Unternehmen.

# Arbeitszeitverkürzung bleibt notwendig I

- ➡ Im langfristigen Trend steigt die Produktivität stärker als die Wirtschaftsleistung. Bis Mitte der siebziger Jahre wurde dies durch die Verkürzung der Arbeitszeit aufgefangen. Danach kam dieser Prozess zum Stillstand. Folge: Heute bewerben sich 69 Prozent mehr Menschen um das gleiche Arbeitsvolumen als 1960.
- ➡ Auch wenn eine nachfrageorientierte Makropolitik das Wachstum stimuliert, ohne Arbeitszeitverkürzung ist die Erreichung von Vollbeschäftigung undenkbar.
- ➡ Die durch die „Reformpolitik“ praktizierte Arbeitszeitverkürzung geht zu Lasten der Beschäftigten. Vor allem Frauen in Dienstleistungsberufen sind betroffen. Das ist keine sinnvolle Perspektive.
- ➡ Die Krise bietet die Chance, die Debatten um Arbeitszeitverkürzung neu zu beleben.

# Arbeitszeitverkürzung bleibt notwendig II

Eine Gleichverteilung des zur Bereitstellung des heutigen Bruttoinlandsproduktes notwendigen Arbeitsvolumens von ca. 56 Mrd. Stunden auf alle 44 Millionen Erwerbspersonen würde eine individuelle Arbeitszeit von 1.273 Stunden pro Person ergeben.

Bei 45 Arbeitswochen im Jahr ergäbe diese eine Wochenarbeitszeit von 28 Stunden.

# Von der Konjunkturpolitik zu Zukunftsinvestition I

Eine Steigerung der öffentlichen Investitionen ist auch **über den Konjunkturzyklus** hinweg notwendig. Insofern handelt es sich bei einem **Investitionsprogramm nicht originär um Konjunkturpolitik**. Aber ein solches Programm hat natürlich auch erheblich **konjunkturelle Wirkungen**. Eine Ausweitung der öffentlichen Investitionen gerade während der größten Krise schafft eine dreifache gesellschaftliche Dividende:

# Von der Konjunkturpolitik zu Zukunftsinvestitionen II

- ➡ Erstens wird die **Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft** gesteigert, weil wirtschaftliche Defizite, wie die nicht ausreichende ökologische Ausrichtung der Ökonomie oder die inzwischen mangelhafte Infrastruktur, behoben werden.
- ➡ Zweitens wird durch die verstärkte Nachfrage das **Beschäftigungsniveau** dauerhaft angehoben. Da auch in Zeiten der Hochkonjunktur noch Massenarbeitslosigkeit herrscht, ein wichtiges Ziel.
- ➡ Drittens sorgen die zusätzlichen Impulse auch für eine schnelle **Überwindung der Krise**.

# Von der Konjunkturpolitik zu Zukunftsinvestitionen III

## Anforderungskriterien für ein solches Programm

- ➔ Große Beschäftigungseffekte der Maßnahmen
- ➔ Hoher Anteil an ökologisch wirksamen Maßnahmen
- ➔ Deckung gesellschaftlicher Bedarfe, die marktförmig nicht oder nur ungenügend gedeckt werden
- ➔ Modernisierung und Ausbau der öffentlichen Infrastruktur

# Investitionsprogramm ist notwendig

Deutschland braucht ein zukunfts- und leistungsfähiges Bildungssystem. Gerade hier gibt es erhebliche Defizite. Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* fordert Mehrausgaben von 30 Milliarden Euro jährlich für Bildung.

➔ <b>Bildungsausgaben:</b>	<b>30,0 Milliarden Euro</b>
Kindertagesstätten	12,0 Milliarden Euro
Berufsausbildung	0,5 Milliarden Euro
Hochschulen	6,0 Milliarden Euro
Weiterbildung	7,5 Milliarden Euro

# Investitionsprogramm ist notwendig

Andere Felder für zusätzliche öffentliche Investitionen:

- ➔ Kommunale Infrastruktur: 20,0 Milliarden Euro
- ➔ Bahninfrastruktur: 15,0 Milliarden Euro
- ➔ Kultur: 5,0 Milliarden Euro
- ➔ Forschung: 5,0 Milliarden Euro
- ➔ Ökologische Umgestaltung Unternehmen: 5,0 Milliarden Euro

# Arbeitsmarktpolitik muss ausgeweitet werden

**Die neue Rolle der aktiven Arbeitsmarktpolitik darf nicht auf die Kurzarbeit beschränkt bleiben.**

➡ **Öffentlicher Beschäftigungssektor: 18 Milliarden Euro**

Die Beschäftigung soll durch öffentliche Programme auch direkt erhöht werden. Die Arbeitsbedingungen müssen tarifgerecht ausgestaltet sein.

➡ **Anhebung Alg. II auf 450 Euro: 17 Milliarden Euro**

Die Erhöhung ist nur der erste Schritt. Die Mittel werden von den betroffenen vollständig konsumiert werden und so die Binnennachfrage stimulieren. Auch die Bezugsdauer von Alg. I muss verlängert werden.

# Höhere Staatsquote für mehr öffentliche Investitionen

- 75 Milliarden Euro des vorgeschlagenen Investitionsprogramms entspricht knapp 3 Prozent des BIP im Jahre 2010 und trägt der Dynamik des derzeitigen wirtschaftlichen Einbruchs Rechnung.
- Auch wenn ein Sonderprogramm für den Aufbau Ost nicht mehr vorgesehen ist, so kommt doch ein erheblicher Anteil der Mittel diesem zugute.
- Das Programm ist der Einstieg in einen neuen ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklungspfad. Es ist auch der Ausstieg aus dem finanzmarktgetriebenen Kapitalismus.
- Zur Finanzierung eines solchen Programms muss die Staatsquote erhöht werden. Die Finanzierung erfolgt normalerweise über Steuern. Dabei sind jene Steuern zu erhöhen, die die Verteilungsrelationen nicht weiter zu Lasten von geringen Einkommen und Vermögen verschieben.

# Forderungen an ein zukunftsfähiges Finanzsystem I

- ➔ Finanzsektor als Teil der Infrastruktur begreifen, der durch die Gesellschaft kontrolliert wird. (z. B. kleinteilige Sparkassen und Genossenschaftsbanken stärken)
- ➔ Re-Regulierung: Offenlegung von Verlusten; bei systemrelevanten Banken Eigenkapital stärken und die Eigentümerfunktion wahrnehmen.
- ➔ Systemische Relevanz und Marktmacht einzelner Institute reduzieren.
- ➔ Eigenkapitalanforderungen erhöhen
- ➔ Geldpolitische Instrumente zur Vermeidung von Finanzblasen auf Teilmärkten entwickeln (Bsp. Aktiv steuernde Mindestreserve „Aktivreserve“)
- ➔ Finanztransaktionssteuer umsetzen
- ➔ Europäische Finanzaufsicht etablieren

# Forderungen an ein zukunftsfähiges Finanzsystem II

- Rück-Umverteilung von oben nach unten zur Vermeidung übergroßer Vermögensansammlungen



Arbeitsgruppe  
Alternative Wirtschaftspolitik

# MEMORANDUM 2013

Umverteilen - Alternativen  
der Wirtschaftspolitik

PapyRossa

» ARBEITSGRUPPE  
ALTERNATIVE  
WIRTSCHAFTSPOLITIK «

**Vielen Dank für Ihre  
Aufmerksamkeit!**

Weitere Informationen,  
aktuelle Termine und  
Veröffentlichungen finden  
sich im Internet unter:

[www.alternative-  
wirtschaftspolitik.de](http://www.alternative-wirtschaftspolitik.de)